

1

3

4

SPD verändern, Gesellschaft verändern

5

Die Vorwärtsstrategie der SPD Darmstadt

6

7 Die SPD Darmstadt hat einen Veränderungsprozess angestoßen, in dem sie sich inhaltlich, personell
8 und strukturell erneuern will. Sie hat mit Hilfe vieler und vielfältiger Beteiligungsformate die Ideen und
9 Meinungen der 1.100 Mitglieder aufgenommen und eine Vorwärtsstrategie erarbeitet, die von allen
10 Mitgliedern beschlossen wird. Der Veränderungsprozess ist damit nicht beendet. Die Mitglieder
11 beauftragen den Vorstand, weitere Reformen anzustoßen und stets neue Ideen zu entwickeln.

12

Unser Selbstverständnis

14 Für jede Politik und als tragende Ideen für ein gutes Leben gehören für uns gleichrangig und
15 gleichwertig Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das Zusammenleben unter Menschen gelingt
16 umso besser, je mehr sich Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gegenseitig ergänzen und fördern. Sie
17 bilden eine untrennbare Einheit.

18 Freiheit bedeutet für uns die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben und selbst über das eigene Leben
19 zu entscheiden – immer in sozialer Verantwortung und eingedenk der Tatsache, dass niemand von uns
20 alleine auf der Erde lebt und sie nachfolgenden Generationen für ein Leben in Freiheit erhalten muss.
21 Freiheit drückt sich darin aus, die eigenen schöpferischen Fähigkeiten und Talente zu entfalten und
22 eigenverantwortlich das Leben in der Gemeinschaft zu gestalten. Dazu braucht es Freiheiten wie die
23 des Gewissens, der Meinung, der Bildung und zu einer eigenen und gemeinsamen Lebensführung –
24 ebenso die Freiheit von Armut, Unterdrückung oder Verfolgung. Nur wer sich sozial ausreichend
25 gesichert weiß, kann seine Freiheit nutzen.

26 Gerechtigkeit bedeutet für uns, gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen für jeden, unabhängig von
27 Herkunft, Geschlecht, Religion oder Sexualität. Sie meint das gleiche Recht auf Entfaltung einer

28 eigenen Persönlichkeit mit Selbstbestimmung und Teilhabe an der Gemeinschaft, an Bildung, Kultur,
29 Arbeit, sozialer Sicherheit und politischer Mitbestimmung.

30 Solidarität bedeutet für uns, dass zu einem gelungenen Leben Wertschätzung und Anerkennung
31 gehören sowie wechselseitige Verbundenheit und das Gefühl von Zusammengehörigkeit. Sie ist das
32 Band für sozialen Zusammenhalt – innerhalb und zwischen Jungen und Alten, zwischen Starken und
33 Schwachen, zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedenen Fähigkeiten und
34 zwischen den Völkern. Solidarität ist dabei gleichermaßen gegenseitige Verantwortung und
35 Verpflichtung, nämlich der Gemeinschaft gegenüber dem Einzelnen und dem Einzelnen gegenüber der
36 Gemeinschaft als Voraussetzung eines selbstbestimmten Lebens. Solidarität drückt sich in
37 gemeinsamen Regeln und Organisationen als politisch verbürgte und organisierte Solidarität aus.

38 Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als tragende Ideen und Grundhaltung sozialdemokratischer
39 Politik brauchen ihre Konkretisierung im Alltag der Menschen. Das meint öffentliche Institutionen
40 unter demokratischer Kontrolle, Selbstbestimmung in Familien- und Privatleben sowie
41 Mitbestimmung in ökonomischen Angelegenheiten und ökologisches Verantwortungsbewusstsein.
42 Überall muss es Möglichkeiten der gemeinsamen sozialen Kontrolle des Fortschritts geben, der
43 mitnimmt, was in diesem Sinne bewahrt werden sollte und aufbaut, was das Leben für alle besser
44 macht. Wir bekennen uns zu einer inklusiven Gesellschaft, die nachhaltig entwickelt wird.

45 Für eine Stadt bedeutet das eine demokratische kommunale Selbstverwaltung und eine öffentliche
46 Versorgung mit Mobilität, Wasser, Gesundheit, Bildung, Freizeit, Sicherheit, Zugang zu Energie, und
47 digitaler Infrastruktur. In diesem Sinne braucht es ein öffentliches Bildungssystem, bezahlbaren
48 Wohnraum, ständige Förderung von Kunst und Kultur und Sport, ein selbst- und mitbestimmtes
49 Nachbarschaftsleben und eine lebendige, wertgeschätzte und starke Zivilgesellschaft.

50

51 **Darmstadt konkret besser machen**

52 Aus diesem Dreiklang erwächst unsere kommunalpolitische Praxis. Wir identifizieren Probleme, in
53 denen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht angemessen berücksichtigt sind. Das betrifft
54 insbesondere soziale Konflikte in Darmstadt, die ungelöst sind oder nicht einmal thematisiert werden.
55 Gerade in unserer Kernkompetenz Arbeit, aber auch in den kommunalen Klassikern Wohnen und
56 Verkehr fehlt es in Darmstadt an einer konsequent sozial orientierten Ausrichtung. Die SPD wird in
57 dieses Vakuum eindringen und eine konsequent sozial ausgerichtete, kommunalpolitische Alternative
58 sein. Dies gilt für alle Themenbereiche. Die folgenden Forderungen sind daher nicht umfassend,
59 sondern bilden einen neuen Fokus unserer kommunalpolitischen Arbeit.

60

61 **12 € städtischer Mindestlohn, Sozialberufe aufwerten, Tarifvertrag für Alle, Abschaffung der**
62 **sachgrundlosen Befristung, Sozialstandards bei Vergaben**

63 Die SPD setzt sich dafür ein, dass alle Beschäftigten der Wissenschaftsstadt Darmstadt, der
64 Stadtwirtschaft und der von der Stadt finanzierten freien Träger mit einem Stundenlohn von
65 mindestens 12 € brutto vergütet werden. Dieser wird regelmäßig angepasst. Wir sind überzeugt, dass
66 gerade in einer wachsenden Stadt mit hohen Lebenshaltungskosten ein würdiges Leben in Arbeit nur
67 mit einer entsprechenden Vergütung möglich ist.

68 Wir wollen die Sozialberufe aufwerten. Neben den von öffentlich gezahlten Dumping-Löhnen für
69 Geringqualifizierte – insbesondere in der Kinder- und Jugendhilfe sowie im Gesundheitswesen – sind
70 aber auch die Gehälter qualifizierter Fachkräfte problematisch. Daher setzen wir uns flächendeckend
71 für eine bessere Bezahlung von Sozialberufen ein. Die Initiative der Fraktion, Erzieherinnen und
72 Erzieher aufgrund der besonders verantwortungsvollen Tätigkeit höher zu gruppieren (Entgeltgruppe
73 S8b TVöD SuE), wird ausdrücklich begrüßt.

74 Um die freiwillige Selbstverpflichtung eines städtischen Mindestlohns umzusetzen, müssen in
75 tarifgebundenen Arbeitsverhältnissen ggf. Höherstufungen vorgenommen werden. Die
76 entsprechenden Gehaltsstufen wollen wir für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch einen
77 Tarifvertrag für Alle erreichen. Keine Beschäftigte und kein Beschäftigter der Wissenschaftsstadt
78 Darmstadt, der Stadtwirtschaft und der von der Stadt finanzierten freien Träger soll ohne tariflichen
79 Schutz arbeiten.

80 Weiter setzt sich die SPD für das Ende der sachgrundlosen Befristung ein. Selbst in der Kernverwaltung
81 werden Arbeitsverhältnisse ohne Sachgrund befristet. Wir wollen Beschäftigten Sicherheit am
82 Arbeitsplatz geben. Dazu gehört die Entfristung von Arbeitsverträgen. Auch diese Forderung bezieht
83 sich neben der Stadtverwaltung auch auf die Stadtwirtschaft und die von der Stadt finanzierten freien
84 Träger.

85 In der Vergabep Praxis wollen wir Sozialstandards definieren, welche unter anderem einen
86 vergabespezifischen Mindestlohn von 12 Euro, Tarifbindung und den Verzicht auf sachgrundlose
87 Befristung sowie die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der ILO (z.B. Diskriminierungsverbot und
88 Entgeltgleichheit) zum Gegenstand haben. Dies gilt für Dauer- und Einzelaufträge. Ein Outsourcing an
89 private Firmen mit schlechten Arbeitsbedingungen lehnen wir ab. Bei Aufträgen an freie Träger ist der
90 Betriebskostenzuschuss entsprechend anzupassen.

91 Von diesen Maßnahmen erhofft sich die SPD auch eine Signalwirkung für den freien Markt. Klar muss
92 werden: In Darmstadt gilt ein Mindestlohnstandard von 12 €. Außerdem wollen wir Tarifverträge
93 stärken und der politischen Forderung nach einem Ende der sachgrundlosen Befristung Nachdruck
94 verleihen.

95 **Bauverein sozial ausrichten: Soziale Mietenpolitik, keine Ausschüttungen, mehr Wohnungen**

96 Die SPD fordert die Aussetzung von Mieterhöhungen und Ausschüttungen (ausschließlich einer
97 marktüblichen Verzinsung des Eigenkapitals) bei der Bauverein AG für die nächsten fünf Jahre. Die
98 Bauverein AG muss für eine niedrige und verlässliche Miete sorgen. Als Eigentümerin von 16.000
99 Wohnungen in der Region wirken sich die Bauvereinsmieten erheblich auf den Mietspiegel und damit
100 auf das Mietniveau in Darmstadt aus. Ein Mietenstopp würde daher nicht nur den Mieterinnen und
101 Mietern des Bauvereins nützen, sondern allen. Der Bauverein muss lediglich dafür sorgen, dass durch
102 minimale Mietanpassungen von 1 % alle vier Jahre alle seine Wohnungen im Mietspiegel verbleiben
103 oder aufgenommen werden.

104 Weiter lehnen wir die gegenwärtige Ausschüttungspraxis ab. Der Bauverein ist derzeit für die
105 Sanierung des Haushalts verantwortlich. In den letzten fünf Jahren wurden 88 Millionen Euro
106 ausgeschüttet – das Geld unserer Sozialmieterinnen und Sozialmieter. Damit muss Schluss sein! Die
107 SPD fordert, dass keine weiteren Ausschüttungen vom Bauverein mehr erfolgen dürfen. Stattdessen
108 muss sich die entega, die 2017 einen Jahresumsatz von über 1,5 Milliarden Euro vorzuweisen hat, mit
109 höheren Ausschüttungen beteiligen.

110 Die SPD sieht die Entwicklung des Darmstädter Wohnungsmarkts und des Bauvereins mit großer Sorge.
111 Allein für den Haushalt 2019 sind 15 Millionen Euro Gewinn aus Grundstückverkäufen und 12 Millionen
112 Euro Ausschüttungen des Bauvereins vorgesehen. Die Stadt verdient damit 27 Millionen Euro am
113 überhitzten Wohnungsmarkt – und stellt im Haushalt nur 5,7 Millionen Euro für neue Sozialbindungen
114 zur Verfügung. Die SPD kritisiert, dass die grün-schwarze Stadtregierung deshalb so zurückhaltend auf
115 dem Wohnungsmarkt agiert, da sie der größte Profiteur von seiner Überhitzung ist.

116 Um dem Ausverkauf von Grundstücken entgegenzuwirken, fordern wir die Stadt auf, Grundstücke für
117 Wohnbebauung nur noch in Erbpacht zu vergeben. Dabei bleibt das Grundstück in öffentlicher Hand,
118 die Bebauung erfolgt durch den Erbpachtnehmer. Mit Grundstücken kann folglich nicht mehr
119 spekuliert werden. Für Wohn- und Gewerbeflächen wollen wir ein weitergehendes Vorkaufsrecht
120 entwickeln. Wir unterstreichen damit unseren Beschluss, eine Milieuschutzsatzung für Darmstadt
121 einzuführen.

122 Die SPD tritt ein für ein Recht auf bezahlbares Wohnen. Grundstücke dürfen daher nicht weiter
123 privatisiert werden. Der Bauverein muss ein Akteur der Daseinsvorsorge sein, nicht der
124 Haushaltskonsolidierung.

125

126

127

128 **ÖPNV sozial gestalten, Unternehmen beteiligen: 300 €-Jahresticket für Alle**

129 Die SPD fordert die Einführung eines ÖPNV-Jahrestickets in Höhe von 300 €. Damit setzt sich die SPD
130 an die Spitze der Verkehrswende für Darmstadt. Sie setzt damit sowohl soziale als auch ökologische
131 Maßstäbe. Den Worten einer nachhaltigen Mobilität sind kaum Taten gefolgt, das Soziale wird von der
132 derzeitigen Stadtregierung komplett vergessen. Mit dem 300€-Jahresticket für Alle macht die
133 Darmstädter SPD den ersten Vorschlag eines sozialen Weges der Verkehrswende.

134 Weiter fordert die SPD eine verbesserte Taktung. Insbesondere in Stoßzeiten vielgenutzter Linien muss
135 die erwartbar höhere Nachfrage durch einen 10-Minuten-Takt und Verstärkerfahrten gewährleistet
136 werden. Langfristig strebt die SPD einen Ausbau des Straßenbahn- und Schienennetzes und einen 10-
137 Minuten-Takt für alle Straßenbahn- und Buslinien an.

138 Zur Finanzierung fordert die SPD die Einführung einer ÖV-Unternehmensabgabe in Höhe von 7 € pro
139 Arbeitsplatz und Monat. Die Wirtschaft profitiert im besonderen Maße von der guten Infrastruktur
140 und auch von der erhöhten Mobilität von Menschen. Es ist daher nur gerecht, sie angemessen am
141 ÖPNV und an der Verkehrswende zu beteiligen. Sollte das Land Hessen nicht in der Lage sein, die
142 gesetzgeberischen Voraussetzungen für eine ÖV-Unternehmensabgabe zu schaffen, wollen wir die
143 Finanzierung durch eine Gewerbesteueranpassung vornehmen.

144 Aus finanziellen Gründen und aus Gründen der Verkehrssteuerung werden wir Parkraum insbesondere
145 im innerstädtischen Bereich bewirtschaften. Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung fließen
146 zweckgebunden in die Finanzierung des 300€-Tickets. Soziale Ausnahmen sind zu erlassen,
147 Anwohnerparken einzuführen.

148 Studien zeigen, dass erhebliche Preissenkungen im ÖPNV sich volkswirtschaftlich rechnen. Neben dem
149 Umwelteffekt sind insbesondere die geringeren Abnutzungen von Straßen zu nennen. Durch die
150 Schonung unserer Infrastruktur sind langfristig weitere finanzielle Vorteile zu erwarten.

151 Die Forderung nach einem vergünstigten Sozialticket bleibt dennoch bestehen. Darmstadt ist eine Stadt
152 mit hohen Lebenshaltungskosten. Um auch Menschen mit sehr geringem Einkommen Mobilität und
153 damit Teilhabe zu ermöglichen, fordern wir ein Sozialticket in Höhe von 200 Euro.

154 Außerdem lehnen wir jegliches Inseldenken in der Verkehrspolitik ab. Die SPD ist die einzige Partei in
155 der Region, die ein abgestimmtes ÖPNV-Konzept zwischen Stadt und Landkreis vorzuweisen hat. Als
156 zweiten Schritt regen wir daher eine regionale Lösung für einen günstigeren ÖPNV an. Die Gültigkeit
157 des ÖPNV-Tickets sollte sich daher mindestens auf das DADINA-Gebiet erstrecken, im besten Fall als
158 Pilotprojekt für das gesamte RMV-Gebiet.

159 Die SPD ist sich bewusst darüber, dass die Verkehrswende nur mit einem hohen sozialen Beitrag
160 gelingen kann. Der ÖPNV ist das einzige Fortbewegungsmittel, das keinen sozialen Bedingungen (z.B.

161 zum Autokauf und -unterhalt ausreichendes Vermögen) oder gesundheitlichen Bedingungen (z.B.
162 körperlicher Zustand zum Radfahren) unterworfen ist. Dies gilt aber nur dann, wenn die überbeuerten
163 ÖPNV-Preise abgesenkt werden.

164

165 **Vielfältige Aktivitäten besser abstimmen**

166 Wir sehen auch den Bedarf einer strukturellen Neuorientierung. Trotz sinkender Wahlergebnisse gibt
167 es eine Vielzahl an Aktivitäten innerhalb der SPD Darmstadt. Diese wollen wir besser aufeinander
168 abstimmen, um einerseits voneinander zu profitieren und um andererseits mit lauter, geeinter Stimme
169 nach außen zu sprechen.

170 Die SPD ist eine Partei der Diskussion und des Streits. Diese Eigenschaft wird von den Mitgliedern
171 geschätzt und zeichnet sie auch im Vergleich zur politischen Konkurrenz aus. Wir fördern Debatten, in
172 denen neue Ideen und Wege diskutiert werden können. Wir zeichnen uns durch den Willen aus, dass
173 wir Dinge positiv verändern wollen. Wir müssen dabei unsere Strukturen den veränderten
174 Rahmenbedingungen anpassen. Daher werden wir unsere Kommunikation nach innen und nach außen
175 neu organisieren.

176 Für eine moderne, effiziente und generationengerechte Kommunikation und Informationspolitik nach
177 innen fordern wir neue Anwendungen, die zentral organisiert und dezentral gelebt werden. Daher wird
178 der Vorstand beauftragt, an einer Software-Lösung mit folgenden Anwendungen weiterzuarbeiten:

179 1. Zentraler Terminkalender für Termine des Unterbezirks, der Fraktion, der
180 Arbeitsgemeinschaften, der Ortsvereine und der Arbeitskreise

181 • Gemeinsamer Kalender mit öffentlichem und nicht öffentlichem Bereich. Dieser kann
182 von einem begrenzten Personenkreis (Vorsitzende der AGs, AKs etc.) selbstständig
183 gepflegt werden

184 • Es soll weiterhin einen Newsletter geben

185 2. Adressbuch

186 • Kommunikation zwischen Mitgliedern und Gremien

187 • Ersetzen von E-Mail Verteiler, sodass die Informationen hierüber versendet werden
188 können

189 • Profilseiten mit Interessen und Kontaktmöglichkeit

190 3. Neue, transparente Ablage

191 • Beschlüsse öffentlich auf Homepage

192 • Protokolle etc. in geschlossenen Gruppen

193

194 4. Forum

- 195 • Antragsbereich
- 196 • Gemeinsames Arbeiten an Texten (Pad oder vgl.)
- 197 • Ggf. die Möglichkeit Abstimmungen zu machen
- 198 • Input-Möglichkeit schaffen

199 5. Allgemein

- 200 • Generationengerecht (jede Altersgruppe sollte das Tool bedienen können)
- 201 • Nicht zu mächtig – einzelne wenige, aber sinnvolle Funktionen
- 202 • Pflege und Schulung muss machbar sein
- 203 • Kosten (laufende Kosten gegenrechnen)
- 204 • Geschlossene und offene Gruppen

205 Geprüft werden sollen Rotes Netz, Moodle, Sozicloud, Wiki und eine eigene Entwicklung. Dem
206 Vorstand wird eine Lösung empfohlen, die kompatibel mit den Lösungen übergeordneter Strukturen
207 der SPD ist.

208 Neben der Kommunikation nach innen wollen wir auch unsere Kommunikation nach außen
209 verbessern. Grundsätzlich gilt folgendes: Gute und strategische Außendarstellung baut auf einer Vision
210 auf und beruht auf **zielgerichteter Planung** (orientiert am Parteiprogramm). Die Ziele sind **konkret**
211 formuliert und auf Zielgruppen festgelegt. Themen und Botschaften sind in **einfacher Sprache**
212 formuliert. Die Auswahl der Medien wird an der **Zielgruppe** orientiert. Es gibt **klar definierte**
213 **Aufgabenfelder**, die geeigneten Personen übertragen werden. In diesem Sinne fordern wir

- 214 1. Halbjährliche **Klausurtagung** (inkl. Jahresplanung): Veranstaltungsreihe und/oder Jahresmotto
- 215 2. Themen müssen **kontinuierlich** bearbeitet werden ggf. Verantwortlichen im Vorstand
216 benennen
- 217 3. **Abstimmung der Pressearbeit** zwischen Fraktion, UB, OV: wichtige Botschaften werden auch
218 parteiintern kommuniziert, so dass unsere Mitglieder sprachfähig sind
- 219 4. **Strategischer Zeitplan** bis zu den nächsten Wahlen: KW 2021, BTW 2021, etc. (inkl.
220 KandidatInnen-Findung, Themen, Nominierung, Botschaften)
- 221 5. **Projektarbeit** über Stadtteile hinaus: Best-Practice-Beispiele
- 222 6. Neue **Tagesordnungspunkte** im UBV: „Was war gut?“ und „Politische Lage / Themen in den
223 Stadtteilen“
- 224 7. eine zentrale **Website + Facebookseite**
- 225 8. Erstellung eines **Corporate Design**
- 226 9. regelmäßige **Weiterbildung** für Mitglieder im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

227 **Perspektiven für Darmstadt**

228 Die Mitglieder der SPD Darmstadt sind sich bewusst darüber, dass das Anstoßen und die soziale
229 Regulierung von Veränderung Daueraufgaben einer modernen Fortschrittspartei sind. Die inhaltliche
230 und strukturelle Erneuerung wird daher niemals abgeschlossen sein. Wir bewerten das Einsetzen von
231 strategischen Arbeitsgruppen als Erfolg und ermutigen den Vorstand dazu, weiterhin strategische
232 Arbeitsgruppen einzusetzen. Im Sinne dieser Strategie bedeutet dies

- 233 • unser Selbstverständnis weiterzuentwickeln und in ein **Grundsatzprogramm der SPD**
234 **Darmstadt** zu überführen
- 235 • weiter **Räume für Kreativität und Innovationen** zu schaffen, in denen **zündende Ideen** für
236 Darmstadt entstehen können
- 237 • **weitere Strukturreformen** anzustoßen und hier insbesondere die Rolle von Ortsvereinen, die
238 Aufgaben von Gremien, die Planung langfristiger Projekte, die Mitgliederbetreuung, unsere
239 politische Kultur und innerparteiliche Demokratie zu thematisieren
- 240 • die Maßnahmen zur **verbesserten Außendarstellung zügig umzusetzen** und
241 zielgruppenorientiert zu evaluieren.

242

243 Die SPD erhebt den Anspruch, die Gesellschaft im Sinne ihrer Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und
244 Solidarität zu verändern. Sie übersetzt diese Grundwerte in konkrete kommunalpolitische
245 Handlungsschritte. Die Entscheidungsfindung erfolgt basisdemokratisch mit Beteiligung ihrer
246 Mitglieder. Die SPD kommuniziert ihre Entscheidungen transparent nach außen. Die Vorwärtsstrategie
247 ist konsequent sozial, partizipativ entstanden und zukunftsgerichtet. Der Vorstand wird daher
248 beauftragt, sie ebenso zukunftsgerichtet weiterzuentwickeln.